

№ 131

In Zukuleth's  
7.6.22  
m

Politischer Bericht Nr. 13/1922.

Zurück am  
8.6.22 L

C/Mg.-

Berlin, den 3. Juni 1922.

Herr Bundesrat,

Unter Bezugnahme auf meine heutige  
Zuschrift (Ihre Nr. B 21/122/1/35.-EN.), betref-  
fend die Uebergabe meines Beglaubigungsschreibens,  
beehre ich mich, aus dem Gespräch, das ich am  
1. 1. Mts. anlässlich meiner Antrittsaudienz mit  
dem Herrn Reichsminister für Auswärtiges, Dr.  
Rathenau, hatte, folgendes zu melden:

Nach einer herzlichen Begrüssung,  
aus der hervorging, dass im Auswärtigen Amte  
meine bisherige Laufbahn genau studiert worden  
ist, sprach Herr Rathenau sein lebhaftes Bedauern  
aus über den plötzlichen Hinscheid meines Vor-

An das  
Eidgen. Politische Departement,  
Abteilung für Auswärtiges,

B e r n .





gängers Herrn von Planta, dessen Verschwinden nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Deutschland einen grossen Verlust bedeute.

Auf politisches Gebiet übergehend, hob Herr Rathenau hervor, wie peinlich es für Deutschland sei, dass die alles beherrschende Reparationsfrage nicht ein für alle Mal geregelt werden könne, sondern jeweilen nur stückweise gelöst werde, sodaß, wenn kaum eine Klippe umschifft sei, eine andere sich zeige. Dieses Verfahren sei für die Deutsche Regierung und das deutsche Volk in höchstem Maße aufregend und aufreibend und lasse ganz Europa nicht zur Ruhe kommen. Daran sei leider nichts zu ändern, solange die noch immer vorherrschende Kriegs-Mentalität bestehe. Diese zu demobilisieren, sollte das Ziel jedes denkenden Staatsmannes sein; aber er verhehle sich die Schwierigkeiten nicht, die diesem Bestreben entgegenstehen, auch auf deutscher Seite. Die Französische Regierung habe durch die chauvinistische Mehrheit in der Kammer die Hände gebunden und selbst Lloyd Georges könne schwer von seinen gegebenen Wahlversprechen loskommen.

Selbst die grossen Lasten, die sich Deutschland in seiner letzten Antwort an die



Reparationskommission auferlegt habe, gäben keine Gewähr dafür, dass die von gewissen französischen Kreisen betriebene Besetzung des Ruhrgebietes endgültig vermieden sei.

Mit schwerem Herzen habe der Reichstag dem Abkommen mit Polen, betreffend Oberschlesien, und dem Vertrag mit Dänemark, über Nord-Schleswig, seine Zustimmung gegeben; die darauf folgenden Unruhen in Oberschlesien erfüllten ihn mit Besorgnis, zumal es kein Deutscher je verstehen werde, dass gewisse Städte in Oberschlesien, die mit 90 % zugunsten Deutschlands gestimmt hatten, trotzdem Polen zugewiesen worden seien.

-----

Auch mein Gespräch mit dem Reichspräsidenten Ebert, das nach den Förmlichkeiten der Uebergabe meines Beglaubigungsschreibens stattfand, war äußerst freundschaftlicher Natur. Ebert ist ein schlichter Mann, voll gesunden Menschenverstandes, ohne jede „pose“. Er benützte die Gelegenheit, um mir für meine langjährige Tätigkeit zugunsten Deutschlands in London zu danken und sprach sich auch mit der größten Anerkennung aus über die Wirksamkeit des Herrn alt-Bundesrat Calonder in der Regelung der



oberschlesischen Frage. Er ersuchte mich, was ich Ihnen wohl überlassen darf, Herrn Calonder gegenüber dieser seiner Gesinnung Ausdruck zu geben.

Welch<sup>e</sup> grosse Bedeutung sowohl der Reichspräsident, als die Deutsche Regierung dem mit der Schweiz abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag beilegen, geht schon aus dem sich darauf beziehenden Passus der Erwiderungsansprache des Herrn Ebert hervor. Auch gesprächsweise wurde dieser Vertrag von Herrn Ebert erwähnt mit dem Beifügen, dass die Deutsche Regierung ihr Möglichstes tun werde, um ähnliche Uebereinkünfte auch mit anderen Staaten, in erster Linie mit den Niederlanden, zu schließen. Ich habe Ihnen darüber schon vom Haag aus berichtet. Die Deutsche Regierung wünscht dadurch zu bekunden, wie sehr sie von ihrer früheren Auffassung abgekommen sei und nun darauf halte, dass etwa entstehende internationale Differenzen auf friedlichem Wege ausgetragen würden. Ich ließ mir die Gelegenheit nicht entgehen, um bei der Anwesenheit des Herrn Rathenau bei den vielen zwischen der Schweiz und Deutschland schwebenden Fragen darauf hinzuweisen, wie angezeigt es nun wäre, den geschlossenen Vertrag in einem möglichst weiten Rahmen zur Anwendung zu bringen.

*besonders hervorheben  
die diplomatische Bedeutung*

-----



Unmittelbar nach meiner Audienz bei Ebert wurde ich durch Herrn Wirth im Garten des Reichskanzler-Palais empfangen. Nachdem er mich bewillkommt hatte, trug er mir Grüsse auf für Sie, Herr Bundesrat, und für Ihren Kollegen, Herrn Schulthess, mit denen es ihm eine grosse Freude gewesen sei, in Genua zusammen zu treffen. Dann setzte er mir mit grosser Offenheit den gegenwärtigen politischen Zustand Deutschlands auseinander und betonte, wie sehr es schwierig sei, die von ihm eingeleitete Erfüllungspolitik, an der er mit grösster Energie festzuhalten gedenke, durchzuführen bei dem Widerstand gewisser Parteien in Deutschland und bei den immer währenden Sticheleien, die von französischer Seite erfolgten.

Wie Minister Rathenau bedauerte auch Herr Wirth lebhaft, dass es nie zu einer zusammenfassenden Erledigung der Reparationsfrage komme, sondern immer wieder neue Anforderungen an Deutschland gestellt würden, so jüngst die des Abbaues bezw. der Einschränkung der sogen. strategischen Bahnen im Rheinland, sowie auch das Verlangen, die zugestandene "Schutzpolizei" solle nicht staatlich, sondern bloß kommunal organisiert werden. Welchen Eindruck würde es bei den beteiligten Gemein-



den machen, wenn Eisenbahnen, die sie bedienten, abgetragen werden müssten und was die Schutzpolizei betrifft, wie könnten dieselbe bei allfällig ausbrechenden Unruhen ihren Zweck erfüllen, wenn der Staat nicht berechtigt wäre, darüber zu verfügen und sie gegebenenfalls von einem Ort zum andern zu versetzen.<sup>2</sup>

Er verhehlte mir nicht, dass er grosse Bedenken gehabt habe, der vom Reichsfinanzminister Hermes in Paris geschlossenen Vereinbarung zuzustimmen; er habe es schließlich getan, um einmal mehr seinen festen Willen zu bekunden, auch unter den drückendsten Verhältnissen seine Erfüllungspolitik weiterzuführen.

Ueber Oberschlesien sprach sich Herr Wirth optimistischer aus als Herr Rathenau: er hofft, dass die dort ausgebrochenen Unruhen bald einer ruhigeren Auffassung weichen werden.

Zum Schluß hörte Herr Wirth mit Vergnügen von mir, dass meine Mutter einer Familie angehörte, die, wie er selbst, von Freiburg i. B. stammte.

-----

Im grossen ganzen kann ich mich nicht genug befriedigt aussprechen über den Empfang,

der mir bisher von amtlicher deutscher Seite zuteil wurde.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

*Carlins*